AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 08.12.2014 | Élisabeth Guigou

„Alarmschlagen für den Frieden“

Weshalb wir wollen, dass Frankreich den Staat Palästina jetzt anerkennt.

Noch immer habe ich das bewegende Bild vor Augen, wie sich Palästinenserführer Yassir Arafat und der israelische Premierminister Yitzhak Rabin an einem Septembertag 1993 die Hand reichten. Wir sind, so damals Yitzhak Rabin, „dazu bestimmt, auf dem gleichen Boden und der gleichen Erde zu leben“. Zwanzig Jahre später sind diese Archivbilder leider nur noch eine Erinnerung. Die beiden Hauptakteure leben nicht mehr und mit ihnen ist auch die große Hoffnung auf Frieden, die sie geweckt hatten, verschwunden.

Die Ermordung des israelischen Premierministers im Jahr 1995, die dem Friedensprozess den ersten Stoß versetzte, die blutigen Anschläge auf israelische Städte, das Scheitern von Camp David und Taba, die zweite Intifada, der Bau der Sperranlage, die Fortsetzung der Siedlungspolitik, die das Ziel eines souveränen Palästinenserstaates mit jedem Tag in größere Ferne rücken lässt, die nicht enden wollenden Kriege in Gaza und schließlich die neue Spirale der Gewalt in diesem Sommer, die sich vor unseren Augen weiter dreht: Der Friedensprozess von Oslo liegt nach wie vor brach und die Hauptleidtragenden sind unschuldige Zivilisten.

Gefährlicher Status quo

Diese Tragödie hat Auswirkungen bis nach Europa. Auch hier nährt das Andauern des Konflikts Vermengungen und Instrumentalisierungen der schlimmsten Sorte, die wir auf unserem der Toleranz verpflichteten Kontinent nicht dulden können. Die schreckliche Spirale von Gewalt und Gegengewalt muss ein Ende haben.

Der Status quo ist unhaltbar und gefährlich, davon bin ich überzeugt. Der permanente Kriegszustand nützt nur den Extremisten. Diese Auffassung wird weit über französische und europäische Parlamentarierkreise hinaus bis nach Israel geteilt, wo Persönlichkeiten

wie Shimon Peres, Avraham Burg oder Elie Barnavi dies ebenfalls mit Sorge sehen.

Die Entschließung zur Anerkennung Palästinas, die von der französischen Nationalversammlung am 2. Dezember mit breiter Mehrheit verabschiedet wurde, entspringt dem kollektiven Willen, einen Beitrag zu einer Friedensbewegung zu leisten, die hoffentlich sowohl in Europa als auch im Nahen Osten weiter an Bedeutung gewinnen wird. Der Text ruft die französische Regierung dazu auf, den Staat Palästina anzuerkennen, um eine endgültige Lösung des Konflikts zu erreichen.

Untätig zu bleiben bedeutet, das Feld den Extremisten zu überlassen, die von der Fortsetzung des Krieges profitieren.

Während unserer Debatten wurden Stimmen laut, die diese Entschließung für verfrüht und daher für unangebracht hielten. Ich glaube dagegen, dass sie für die Menschen, die in diesem Konflikt Opfer zu beklagen hatten und haben, zu spät kommt. Untätig zu bleiben bedeutet, das Feld den Extremisten zu überlassen, die von der Fortsetzung des Krieges profitieren. Angesichts des Scheiterns des Friedensprozesses muss man hier von schuldhafter Gleichgültigkeit und tödlicher Untätigkeit sprechen. Die Lösung ist hinlänglich bekannt und bereits seit 1993 Gegenstand eines Abkommens der beiden Parteien und der gesamten internationalen Staatengemeinschaft: die gegenseitige Anerkennung zweier Staaten, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Wie kann es sein, dass ein so breiter Konsens nie umgesetzt wird?

Verantwortung für den Frieden

Selbstverständlich sind allein die Konfliktparteien in der Lage, Frieden zu schließen. Ich weiß, dass dies ihr Wunsch ist, denn dieser Krieg ist zermürbend. Ich weiß auch, wie schwierig dies ist und wie viel Intelligenz und Mut es erfordert. Frankreich hat gemeinsam mit seinen europäischen Partnern die Pflicht, seine Stimme zu erheben und jegliche Hassrhetorik, egal wo, entschieden abzulehnen.

Aufgrund seiner Geschichte, seiner Werte, seiner Verbundenheit mit den Völkern des Nahen Ostens, aber auch als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates trägt Frankreich Verantwortung für Frieden und Stabilität in der Region. Unser Land war einer der ersten und glühendsten Verfechter der Aufnahme Israels in die Staatengemeinschaft.

Unser Ziel muss es ein, dass die gesamte internationale Staatengemeinschaft das Recht beider Staaten – des israelischen und des palästinensischen – auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit anerkennt.

Als Europäerin weiß ich, dass Frieden nur über den langwierigen und schwierigen Verhandlungsweg erreicht werden kann. Ich bin der Ansicht, dass eine Anerkennung des palästinensischen Staates durch die europäischen Staaten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen beitragen kann, um so endlich zum Frieden zu führen. Dieser Schritt könnte die gegenseitige Anerkennung zwischen Israel und Palästina begünstigen, die, wie wir wissen, die beste Garantie für einen dauerhaften Frieden ist.

Unser Vorstoß ist demnach lediglich als Unterstützung der Bemühungen der französischen Außenpolitik in dieser Richtung zu verstehen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere diplomatischen Anstrengungen für die Annahme einer konsensfähigen UN-Resolution und die geplante internationale Konferenz, die vom französischen Außenminister Laurent Fabius angeregt wurde und auch den Rückhalt von Präsident François Hollande hat, diese Verhandlungen begleiten und, so hoffe ich, die arabischen Staaten, die dies noch nicht getan haben, davon überzeugen könnten, Israel anzuerkennen. Unser Ziel muss es ein, dass die gesamte internationale Staatengemeinschaft das Recht beider Staaten – des israelischen und des palästinensischen – auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit anerkennt. In diesem Kontext hat die Europäische Union meines Erachtens eine ganz wesentliche Rolle zu spielen. Die ersten Erklärungen der Hohen Vertreterin, Federica Mogherini, bezüglich ihrer Hoffnung auf eine Anerkennung des palästinensischen Staates, gehen in die richtige Richtung.

Mit unserer Entschließung wollen wir Alarm schlagen, damit es morgen nicht zu spät ist. Es ist eine Geste für den Frieden.



Élisabeth Guigou
Paris

Élisabeth Guigou ist Abgeordnete der Sozialistischen Partei im französischen Parlament und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses. Unter Premierminister Lionel Jospin war sie Justizministerin und Ministerin für Beschäftigung und Solidarität gewesen.

6 LESERBRIEFE

Raoul.d.M. schrieb am 08.12.2014

Auch für Politik, die nur symbolisch ist, braucht man Mut. Schade, dass ihn in Berlin niemand hat.

Dr. Margarete Blank-Mathieu schrieb am 09.12.2014

Wir werden systematisch über die wirkliche Situation der Palistinänser im Unklaren gelassen. Das hat mir die Lektüre des Buches von Sumaya Farhat-Naser: Tymian und Steine (ISBN 978 3 85787 429 1) gezeigt. Dieses Buch kann ich nur empfehlen, da es die wirkliche Situation wiedergibt. Seitdem habe ich keine Lust mehr nach Israel zu reisen und kann alle verstehen, die über die

jüdische Politik schimpfen. Lesen Sie dieses Buch und Sie werden alles unterstützen, was einen palistinänsischen Staat voranbringt. (wenn es dafür nicht schon zu spät ist.....)
Dr. Margarete Blank-Mathieu

Martin Stamer schrieb am 09.12.2014

Die Initiative von Élisabeth Guigou kann man nur unterstützen. Die Anerkennung Palästinas ist in der Tat der Schlüssel zu einem Hebel, der die uralte GewaltSpirale aufbrechen könnte.

Wenn die EU sich einer Anerkennung Palästinas nähert, bedarf es aber zugleich einem glasklaren NoGo gegenüber den fanatischen Akteuren der Gewalt auf beiden Seiten.

Der Schlüssel zum diplomatischen Erfolg liegt hier: die Mehrheit auf beiden Seiten hat genug von der ewigen mörderischen Gewaltspirale. Eine Anerkennung ist ein erster wichtiger und richtiger Schritt.

Es ist gut, dass diese Initiative aus Frankreich kommt. Wir Deutsche sind leider immer noch in der historischen

Polarisationsfalle.

Avec saluer sympathique après France

Martin Stamer
Inhaber EuroChess Zentrale
Heinrich-Horn-Str. 12
53639 Königswinter
www.eurochess.de
eurochess@aol.com

U. Walter schrieb am 09.12.2014

Ich bin sehr froh, dass der Deutsche Bundestag nicht diesem Beispiel folgt und hoffe auch noch sehr lange. Dennoch was bedeutet denn das? 1) Es muss ein freigewähltes Parlament geben. Die Neuwahlen bei der palä. Autonomiebehörde wird verschoben. Wir wissen ja auch warum. 2) Welche "Regierung" hat denn das Gebilde Palästina? 3) Wir haben doch weltweit gesehen, dass die Palästinser keinen Staat führen, falls er geründet wird. Ein solcher ist nicht lebensfähig und wäre auf Jahrzehnte angewiesen auf Israel und wohlhabende arb. Staaten.

Gerade Frankreich und Großbritanien, die lange Verantwortung getragen haben sich sehr rar gemacht. Die USA, die sich in diesem Fall redlich mühten, haben die Nase voll. Auch Deutschland wird es nicht schaffen. Was nur geht, es muss aus beiden Völkern kommen, der Wunsch nach echten Frieden, echter Partnerschaft. Aber da sind wir wohl noch Jahrzehnte voraus im Denken.

Ludwig Bez schrieb am 09.12.2014

Klar und fest in der Haltung, sachlich und präzise in der Analyse. Dieser Beitrag ist ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg zum Frieden im Nahen Osten!

Hans Kibo schrieb am 09.12.2014

Ich hoffe sehr das sich noch viele Staaten dem Beispiel Frankreichs anschliessen.Es wurde schon lange Zeit das man dem Staat Israel ein eindeutiges Zeichen setzt.Israel entwickelt sich immer mehr zu einem Rassistenstaat.Zahlreiche israelische Politiker sprechen ja offen davon das man ein "Großisrael" anstrebe,in dem dann kein Platz mehr für die Palästinenser sein wird.Palästinenser die in Israel leben sind nur Menschen

zweiter Klasse.Dem muß man einen Riegel davor schieben.Leider geht auch die deutsche Regierung viel zu lasch mit dem Staat Israel um,immer mit dem Hinweis auf die deutsche,geschichtliche "Verantwortung".Die Kanzlerin deutet zum Beispiel bei Gesprächen mit den israelischen Politikern darauf hin,das man nicht "so einverstanden mit der Siedlungspolitik sei".Die Formulierung ist viel zu schwammig und kümmert Israel überhaupt nicht.
Es wäre endlich an der Zeit das nun auch Deutschland den Staat Palästina anerkennt,auch wenn das zu großen Verstimmungen mit Israel führen würde.Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wäre auf jeden Fall für eine 2 Staatenlösung.

Hans Kibo
Hamburg